

GERO MEESEN

Der Anspruch auf  
Schadensersatz bei  
Verstößen gegen  
EU-Kartellrecht

*Max-Planck-Institut  
für ausländisches und internationales  
Privatrecht*

*Studien zum ausländischen  
und internationalen Privatrecht*

264

---

**Mohr Siebeck**

Studien zum ausländischen und internationalen Privatrecht

264

Herausgegeben vom

Max-Planck-Institut für ausländisches  
und internationales Privatrecht

Direktoren:

Jürgen Basedow, Holger Fleischer und Reinhard Zimmermann





Gero Meeßen

Der Anspruch auf Schadensersatz bei  
Verstößen gegen EU-Kartellrecht –  
Konturen eines Europäischen  
Kartelldeliktsrechts?

Mohr Siebeck

*Gero Meeßen*, geboren 1975; Studium der Rechtswissenschaft in Bonn und Genf; Masterstudium in Oxford; 2010 Promotion; Referent in der Grundsatzabteilung des Bundeskartellamts und Koordinator für das Netzwerk der Europäischen Kartellbehörden (ECN); derzeit Beisitzer der 10. Beschlussabteilung.

e-ISBN PDF 978-3-16-151449-4

ISBN 978-3-16-150737-3

ISSN 0720-1141 (Studien zum ausländischen und internationalen Privatrecht)

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliographie; detaillierte bibliographische Daten sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

D 6 (Zugl.: Münster (Westf.), Univ., Diss. der Rechtswissenschaftlichen Fakultät, 2009)

© 2011 Mohr Siebeck Tübingen.

Das Werk einschließlich aller seiner Teile ist urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung außerhalb der engen Grenzen des Urheberrechtsgesetzes ist ohne Zustimmung des Verlags unzulässig und strafbar. Das gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen und die Einspeicherung und Verarbeitung in elektronischen Systemen.

Das Buch wurde von Gulde-Druck in Tübingen auf alterungsbeständiges Werkdruckpapier gedruckt und von der Buchbinderei Nädle in Nehren gebunden.

MEINEN ELTERN



## Vorwort

Die vorliegende Arbeit wurde im Wintersemester 2009/2010 von der Rechtswissenschaftlichen Fakultät der Westfälischen Wilhelms-Universität Münster als Dissertation angenommen. Das Manuskript ist im Wesentlichen während meiner Tätigkeit als Referent der Grundsatzabteilung des Bundeskartellamts sowie während einer Forschungsauszeit am Christ Church College der Universität Oxford entstanden. Neuere Rechtsprechung und punktuell Literatur fanden Berücksichtigung bis Januar 2011.

Herzlich bedanken möchte ich mich in erster Linie bei meiner Doktor-mutter Frau Prof. Petra Pohlmann für die ausgezeichnete Betreuung der Arbeit sowie bei Herrn Prof. Gerald Mäsch für die rasche Erstellung des Zweitgutachtens. Gefördert wurde die Arbeit durch ein Promotionsstipendium des Cusanuswerks, dem ich auch für die großzügige Unterstützung in der Grundförderung verbunden bin. Dank gilt zudem Herrn Prof. Wilhelm Rütten für die Erstellung des Zweitgutachtens für den Stipendienantrag, Herrn Prof. Jürgen Basedow für die Aufnahme in die Schriftenreihe des Max-Planck-Instituts sowie Herrn Dr. Gillig für die redaktionelle Betreuung auf Verlagsseite. Die Idee der Arbeit geht zurück auf das von Graham Child geleitete Kartellrechts-Seminar im Rahmen des Masterstudiums an der Universität Oxford, das vom Deutschen Akademischen Austauschdienst finanziert wurde.

Wesentlich gefördert wurde die Arbeit zudem durch die Unterstützung des Bundeskartellamts: Für die Bewilligung einer Forschungsauszeit sei Herrn Vizepräsidenten Dr. Peter Klocker, für die Möglichkeit, sich auch in der weiteren beruflichen Praxis intensiv mit Fragen der privaten Kartellrechtsdurchsetzung zu befassen, dem damaligen Abteilungsleiter der Grundsatzabteilung und jetzigen Präsidenten des Bundeskartellamts Herrn Andreas Mundt herzlich gedankt. Während der Bearbeitung habe ich zudem von verschiedener Seite wertvollen Rat und Anregung erfahren: in Bonn durch Prof. Dr. Wulf-Henning Roth, Dr. Konrad Ost und Jörg Nothdurft, in Oxford, insbesondere zu Fragen des englischen Deliktsrechts, durch Prof. John Cartwright. Unterstützung erhalten habe ich ferner durch Ilsetraud Ix, Dr. Ralph Langhoff, Dr. Carsten Becker, Dr. Markus Wagemann und Dr. Felix Engelsing.



Besonderer Erwähnung gebührt zudem einer Gruppe von Vertretern verschiedener Wirtschafts-, Justizministerien und Kartellbehörden, die sich in den vergangenen Jahren wiederholt getroffen haben, um in informellem Rahmen über neuere Entwicklungen der privaten Kartellrechtsdurchsetzung in den Mitgliedstaaten und die Kommissionsinitiative zu kartellrechtlichen Schadensersatzklagen zu beraten. Auf diese Zusammenarbeit gehen zahlreiche Hinweise zu den Entwicklungen in den anderen Rechtsordnungen zurück: Paul Pennell-Buck, Dr. Jan-Stephan Ritter, Ulrich Deffaa, Stanley Wong, Nicole Hagemans, Marije van Kempen, Prof. René Smits, Teresa Moreira und Gianluca Sepe seien hier besonders hervorgehoben. Bedanken möchte ich mich an dieser Stelle auch bei meinen akademischen Lehrern, in Bonn Prof. Josef Isensee und Prof. Marcus Lutter, in Genf Prof. Ernst-Ulrich Petersmann und in Oxford Prof. Stephen Weatherill, sowie bei den Herren VorsRiLG Uwe Schneiders und RiEuG Alfred Dittich für die Ausbildung in der Praxis.

Dank sei aus meinem Freundeskreis Dr. Mario Leitzen für die fachlich fundierte Durchsicht des Manuskripts sowie Michael Schulte und Dr. Florian Reuther für die langjährige Zusammenarbeit in Studium und Referendariat. Aus dem Bundeskartellamt habe ich insbesondere von Stephan Schweikardt, Dr. Sonja Keske, Markus Rauber und Sandro Gleave kenntnisreiche Unterstützung erfahren. Um die formale Fertigstellung haben sich Jochen Stier und Ilse König verdient gemacht. Besonderer Dank gebührt schließlich meinem Vater, der die Arbeit mit großem Einsatz Korrektur gelesen hat und stets als wertvoller Diskussionspartner zur Verfügung stand. Meinen Eltern ist diese Arbeit gewidmet.

Vor allem aber möchte ich meiner Freundin Cordula danken, die mit nachsichtiger Geduld und unermüdlicher Unterstützung ganz wesentlich zum Gelingen beigetragen hat.

Bonn, im April 2011

Gero Meeßen

# Inhaltsübersicht

Einführung .....	1
<i>1. Teil: Grundlagen</i> .....	11
§ 1 Eine kurze, rechtshistorische <i>tour d'horizon</i> .....	13
§ 2 Die „Rechtsnatur“ der Haftung .....	20
§ 3 Die Anspruchsgrundlage und Haftungsvoraussetzungen nach dem Recht der Mitgliedstaaten im Überblick .....	44
§ 4 Funktion des kartellrechtlichen Schadensersatzanspruchs .....	57
<i>2. Teil: Problemfelder des kartellrechtlichen     Schadensersatzanspruchs</i> .....	107
§ 5 Etablierung eines Verstoßes .....	109
§ 6 Der Kreis der Ersatzberechtigten .....	166
§ 7 Kausalität .....	335
§ 8 Rechtswidrigkeit .....	338
§ 9 Verschulden .....	341
§ 10 Passivlegitimation .....	366
§ 11 Haftungsfolgen: Der ersatzfähige Schaden und seine Berechnung .....	398
§ 12 Die Berücksichtigung der Mitverantwortung des Geschädigten .....	522
§ 13 Zinsen .....	537
§ 14 Verjährung .....	541
§ 15 Sonderproblem: Kronzeugenregelung und Schadensersatz .....	552
<i>3. Teil: Zusammenfassende Gesamtbetrachtung und Ausblick –     Konturen eines Europäischen Kartelldeliktsrechts?</i> .....	565
Schluss .....	625



# Inhaltsverzeichnis

Abkürzungsverzeichnis .....	XXXI
Einführung.....	1
A. Hintergrund der Untersuchung .....	5
B. Problemaufriss .....	7
C. Begrenzung des Untersuchungsgegenstands.....	8
D. Gang der Darstellung .....	9
1. Teil: Grundlagen .....	11
§ 1 Eine kurze, rechtshistorische <i>tour d’horizon</i> .....	13
A. Wurzeln kartellrechtlicher Haftungstatbestände .....	13
B. Vom Sherman Act zum Clayton Act .....	15
C. Entwicklung in Deutschland.....	17
D. Frankreich und England .....	18
E. Kartelldeliktsrecht in der Europäischen Gemeinschaft .....	18
F. Fazit .....	19
§ 2 Die „Rechtsnatur“ der Haftung .....	20
A. Problemstellung .....	20
B. Die Rechtsnatur der <i>Staatshaftung</i> wegen Verletzung von Unionsrecht .....	21
C. Übertragung auf die Haftung Privater?.....	24
I. Die Stellungnahme des Generalanwalts <i>van Gerven in Banks</i> .....	24
II. Die <i>Courage</i> -Entscheidung und ihre Rezeption in den Mitgliedstaaten.....	26
1. Die Lehre von der umfassenden Determinierung der Anspruchsvoraussetzungen durch das Unionsrecht.....	28
2. Die Lehre von der unionsrechtlichen Kontrolle der nationalen Rechtsfolgenregel .....	29
3. Stellungnahme .....	31

a)	Das Argument von der Untrennbarkeit von <i>right</i> und <i>remedy</i> .....	32
b)	Das Argument des Grunderfordernisses einer einheitlichen Anwendung .....	35
c)	Rückschlüsse aus dem Aufbau der <i>Courage</i> -Entscheidung? .....	36
d)	Das Urteil des EuG in Sachen <i>Atlantic Container Line</i> .....	38
e)	Unvereinbarkeit des Ansatzes einer umfassenden unionsrechtlichen Festlegung der Anspruchsvoraussetzungen mit den Klarstellungen des EuGH in <i>Manfredi</i> .....	38
f)	Wahrung des Gestaltungsspielraums der Legislative .....	40
g)	Bedürfnis nach einer Ausfüllung des Kontrollmaßstabs .....	41
D.	Ergebnis .....	43
§ 3	Die Anspruchsgrundlage und Haftungsvoraussetzungen nach dem Recht der Mitgliedstaaten im Überblick .....	44
A.	Deutschland .....	44
I.	Die Rechtslage vor der 7. GWB-Novelle .....	44
II.	Die Anspruchsgrundlage nach der 7. GWB Novelle .....	46
B.	England .....	47
I.	Die Suche nach der passenden <i>cause of action</i> .....	47
II.	Dogmatische Einordnung .....	48
III.	Die Haftungsvoraussetzungen im Einzelnen .....	49
1.	<i>Availability of a civil remedy</i> .....	49
2.	<i>Scope of the civil remedy</i> .....	49
3.	<i>Causation</i> .....	50
4.	<i>Defences</i> .....	50
C.	Frankreich .....	50
I.	<i>La faute</i> .....	51
II.	<i>Le dommage</i> .....	51
III.	<i>Lien de causalité</i> .....	53
IV.	Keine Begrenzung unter dem Gesichtspunkt des Schutzzwecks der Norm .....	55
§ 4	Funktion des kartellrechtlichen Schadensersatzanspruchs .....	57
A.	Die Zielfunktionen des kartellrechtlichen Schadensersatz- anspruchs de lege lata .....	57
I.	Der Ausgleichsgedanke im Zentrum des mitglied- staatlichen Kartelldeliktsrechts .....	58
II.	Der Beitrag der <i>Courage</i> -Rechtsprechung .....	60
III.	Die Zielfunktion nach der Regierungsbegründung zur 7. GWB-Novelle .....	64
B.	Die Funktion des kartellrechtlichen Schadensersatzanspruchs in der rechtspolitischen Diskussion .....	66

I.	Zurückdrängung des Ausgleichsgedankens? – Die Schadensersatzklage im Lichte der <i>optimal deterrence</i> -Lehre.....	66
1.	Grundlegung in der ökonomischen Rechtsanalyse .....	66
2.	Folgerungen aus dem „ <i>optimal-deterrence</i> “-Ansatz .....	69
a)	Konzentration der Durchsetzung bei einem Kläger.....	69
b)	Einführung von Mehrfachschadensersatz .....	70
c)	Freistellung des Kronzeugen von der Haftung bzw. Haftungs- erleichterung .....	71
d)	<i>Discovery</i> .....	71
e)	Leitbild des „ <i>private attorney general</i> “.....	71
II.	Vom Grünbuch zum Weißbuch: Zwischen „Optimal <i>deterrence</i> “ und Opferrhetorik.....	72
III.	Optimal Deterrence, kartellrechtlicher Mehrfachschadens- ersatz und die einzelstaatliche Rechtsordnung – Stellungnahme und Ausblick.....	75
1.	Die Rechtsprechung zur Vollstreckbarkeit US-amerika- nischer <i>punitive damages</i> und zur Nichtzustellung auf <i>treble damages</i> gerichteter Schadensersatzklagen .....	76
2.	<i>Renaissance</i> pöner Elemente im deutschen Haftungs- recht? – Elemente überkompensatorischen Schadens- ersatzes im deutschen Zivilrecht .....	80
3.	Stellungnahme .....	82
a)	Übertragbarkeit der Rechtfertigung in Sonderbereichen auf das Kartelldeliktsrecht?.....	82
b)	Kartellrechtlicher Mehrfachschadensersatz und die deutsche Rechtsordnung .....	86
c)	Notwendigkeit einer Neuausrichtung des Kartell- schadensrechts?.....	89
aa)	Durchsetzungsdefizit? .....	89
bb)	Verfolgungseffizienz: Staatliche und private Kartellrechts- verfolgung im Vergleich .....	91
aaa)	Eignung des vorhandenen bzw. denkbaren Ermittlungsinstrumentariums .....	93
bbb)	Eignung des Sanktionsinstrumentariums.....	94
cc)	Höhere Kontrolldichte durch zusätzliche Anreize für die private Rechtsverfolgung? .....	97
dd)	Beitrag zur Rechtsklarstellung.....	99
ee)	Kriterium der Kosteneffizienz .....	101
ff)	„ <i>Equilibrating tendencies</i> “ .....	101
gg)	Negative Auswirkung für die Schutzmechanismen gegen die Vollstreckung US-amerikanischer <i>punitive</i> <i>damages</i> -Urteile.....	102
4.	Fazit.....	103

2. Teil: Problemfelder des kartellrechtlichen Schadensersatzanspruchs .....	107
§ 5 Etablierung eines Verstoßes.....	109
A. Die günstigere Situation: Die Kartellbehörde hat bereits einen Verstoß festgestellt. ....	109
I. Bindungswirkung von Entscheidungen der Kommission nach Art. 16 VO 1/2003 .....	109
1. Entscheidung der Kommission.....	110
a) Entscheidungen mit unstreitiger Bindungswirkung.....	110
b) Verpflichtungszusagenentscheidungen nach Art. 9 VO 1/2003? .....	110
c) Entscheidungen nach Art. 10 VO 1/2003 .....	113
d) Entscheidungen nach Art. 23 VO 1/2003 .....	114
2. Wirkung im nationalen Schadensersatzprozess .....	115
a) Drohende Widersprüche im Hinblick auf die <i>rechtliche</i> <i>Bewertung</i> eines Sachverhalts.....	115
b) Drohende „Widersprüche“ auf der Ebene der Sachverhaltsfeststellung.....	116
c) Grenzen der Bindungswirkung.....	119
aa) Die Möglichkeit der Gerichte zur Vorlage nach Art. 267 AEUV.....	119
aaa) Grundsätzliche Annahmefähigkeit der Vorlage .....	119
bbb) Verhältnis zur Nichtigkeitsklage nach Art. 263 AEUV.....	121
bb) Grundrechtskonforme Reduktion der Bindung .....	127
3. Ergebnis zu I. ....	130
II. Die Bindung an kartellbehördliche Entscheidungen in den nationalen Rechtsordnungen.....	131
1. Deutschland: Die Regelung des § 33 Abs. 4 S. 1 GWB... 131	
a) Bestandskräftige Entscheidung einer nationalen Kartellbehörde .....	131
aa) Entscheidungen deutscher Kartellbehörden .....	131
aaa) Entscheidung.....	131
bbb) Feststellung des Verstoßes .....	132
bb) Entscheidungen ausländischer Kartellbehörden und Gerichte .....	132
b) Bindungswirkung nach § 33 Abs. 4 S. 1 GWB .....	133
aa) Tatbestandswirkung oder Feststellungswirkung? .....	133
bb) Reichweite der Feststellungswirkung in persönlicher Hinsicht.....	133
cc) Reichweite der Feststellungswirkung „in räumlicher Hinsicht“ .....	134
dd) Besonderheiten bei der Bindung an die Entscheidungen ausländischer Kartellbehörden.....	137

ee) Die Möglichkeit zur Vorlage an den Europäischen Gerichtshof.....	139
c) Fazit .....	140
2. England.....	141
3. Frankreich.....	142
4. Ergebnis zu II.....	143
B. Die schwierigere Situation: Es liegt noch keine Entscheidung einer Kartellbehörde vor .....	144
I. Deutschland .....	144
1. Beweismaß.....	144
2. Zugang zu Dokumenten .....	145
a) Dokumente in der Hand der Parteien oder privater Dritter.....	145
b) Dokumente in der Hand der Kartellbehörden .....	147
3. „Sekundäre Darlegungslast“ .....	150
4. Spezifisch kartellrechtliche Ansatzpunkte.....	152
a) Marktbeherrschungsvermutungen.....	152
aa) Einzelmarktbeherrschungsvermutung.....	152
bb) Gruppenmarktbeherrschungsvermutung.....	155
cc) Bedeutung für die zivilprozessuale Geltendmachung von Art. 102 AEUV .....	156
b) Weitere Erleichterungen im deutschen Kartellrecht .....	156
5. Materiell-rechtlicher Auskunftsanspruch gemäß § 242 BGB.....	156
II. England.....	158
1. Beweismaß.....	158
2. Zugang zu Beweismitteln in der Hand des Beklagten bzw. Dritter .....	158
3. Zugang zu Beweismitteln in der Hand der Kartellbehörde .....	160
III. Frankreich.....	160
1. Beweismaß.....	160
2. Zugang zu Beweismitteln in der Hand des Beklagten und nichtprozessbeteiligter Dritter .....	160
3. Die Rolle des <i>Conseil</i> bzw. der <i>Autorité de la        concurrency</i> .....	161
IV. Gesamtbetrachtung und Ausblick.....	162
§ 6 Der Kreis der Ersatzberechtigten .....	166
A. Dogmatische Grundlagen im Recht der Mitgliedstaaten und die Vorgaben des Unionsrechts .....	168
I. Deutschland .....	168
1. Der rechtliche Rahmen vor der 7. GWB-Novelle .....	168
2. Der rechtliche Rahmen nach der 7. GWB-Novelle .....	169
a) Die Genese von § 33 Abs. 1 und 3 GWB.....	169



b) Die bei Bestimmung des Kreises der Ersatzberechtigten nach § 33 Abs. 3 i.V.m. Abs. 1 GWB relevanten Haftungs- voraussetzungen .....	170
aa) <i>Betroffenheit</i> als Voraussetzung auch des Schadens- ersatzanspruchs .....	170
bb) Das Kriterium der „ <i>Betroffenheit</i> “ .....	172
aaa) Der Begriff des „Mitbewerbers oder sonstigen Marktbeteiligten“ .....	172
(1) Grammatische Auslegung .....	173
(2) Historische Auslegung .....	173
(3) Genetische Auslegung.....	175
(4) Gleichlauf mit dem Begriff des Marktteilnehmers in § 2 Abs.1 Nr. 2 UWG?.....	175
(5) Zwischenergebnis .....	176
bbb) Der Begriff der „Beeinträchtigung“ .....	176
(1) Meinungsstand .....	176
(2) Stellungnahme .....	177
(a) Vorgaben des Primärrechts: Schutzgut der Art. 101 f. AEUV.....	178
(b) „Autonomie des Deliktsrechts“ – Spezifisch haftungsrechtliche Erwägungen.....	182
cc) Weiterer Ansatz: Fortbestehen der Bedeutung von Schutzzweckerwägungen für den Zurechnungs- bzw. Rechtswidrigkeitszusammenhang.....	185
dd) Ergebnis zu I. ....	189
II. England.....	190
1. „ <i>Scope of the civil remedy</i> “: <i>Damage within the ambit of the statute?</i> .....	190
a) Persönlicher Schutzbereich .....	190
b) Sachlicher Schutzbereich.....	191
c) <i>Scope of protection</i> und das europäische Kartellrecht .....	191
2. <i>Causation</i> .....	192
a) <i>Foreseeability</i> .....	193
b) <i>Intervening Acts</i> .....	193
c) <i>Defences</i> .....	194
III. Frankreich.....	195
IV. Der rechtliche Rahmen: Wer ist jedermann?.....	196
1. Die <i>Jedermann-Formel</i> im Kontext des <i>Courage-</i> Verfahrens .....	197
2. Fehlende Tragfähigkeit der Berufung auf „den Kompensationsgedanken“.....	199
3. Grenzen der Ersatzberechtigung im Anwendungs- bereich <i>unionsunmittelbaren Deliktsrechts</i> .....	200
a) Die <i>Normzwecktheorie</i> im Unionsrecht.....	201
b) Besondere Anforderungen an den Kausalzusammenhang.....	202

4. Fazit .....	202
B. Ersatzberechtigte bei Verstößen gegen Art. 101 AEUV .....	203
I. Die Beteiligten des Kartellrechtsverstößes .....	203
1. Die Ersatzberechtigung des Beteiligten im Vertikal- verhältnis .....	203
a) Rechtsauffassungen in Deutschland vor <i>Courage</i> .....	204
b) England: <i>Scope of protection</i> und <i>ex turpi causa non oritur actio</i> .....	205
c) Frankreich .....	207
d) Deutschland nach <i>Courage</i> und der 7. GWB-Novelle .....	208
aa) Einigkeit im Ergebnis .....	208
bb) Vereinbarkeit mit einem schutzgutbezogenen Beeinträchtigungsbegriff? .....	208
e) Überprüfung an den europarechtlichen Vorgaben: Trägt das Effektivitätsargument? .....	212
f) Ergebnis .....	215
2. Ansprüche im Horizontalverhältnis .....	215
3. Exkurs: Schadensersatz für Nachteile aus der <i>Verweigerung der Durchführung</i> einer verbotenen Verhaltenskoordination? .....	217
a) Erstreckung des Kartellverbots auf Maßnahmen zu seiner Durchsetzung .....	217
b) Deliktsrechtliche Bedeutung des Druckverbots .....	217
II. Unmittelbare Marktgegenseite .....	218
1. England .....	219
2. Frankreich .....	220
a) Die Entscheidung <i>Eco System v. Peugeot</i> .....	220
b) Die Entscheidung <i>Arkopharma v. Roche</i> .....	221
c) <i>UFC Que Choisir v. Bouygues Telecom u.a.</i> .....	222
3. Deutschland .....	222
a) Ersatzberechtigung unter § 33 Abs. 1 und 3 GWB .....	222
b) Klarstellung zur „alten“ Rechtslage (§ 823 Abs. 2 BGB i.V.m. Art. 81 EG) .....	223
aa) Schadensersatzklagen gegen Preiskartelle .....	224
aaa) LG Mannheim vom 11.7.2003 ( <i>Hoffmann-La Roche</i> ) .....	224
bbb) LG Mainz vom 15.1.2004 ( <i>BASF</i> ) .....	226
bb) Schadensersatzklagen gegen Beteiligte von Quoten- kartellen – <i>Transportbeton Berlin</i> .....	226
cc) Stellungnahme .....	228
aaa) Zielgerichtetheitskriterium .....	228
(1) Keine zwingende Vorgabe durch die Recht- sprechung des Bundesgerichtshofs .....	228
(2) Ungeeignetheit des Zielgerichtetheitskriteriums in der Sache .....	230

bbb) Das Kriterium der unmittelbaren Betroffenheit in der Entscheidung des LG Berlin.....	232
c) Ergebnis zu 3. ....	232
4. Eindeutige Vorgabe durch das Europarecht: Die Entscheidung <i>Manfredi</i> .....	233
III. Ersatzberechtigung von Angehörigen weiter entfernter Marktstufen? .....	234
1. Grundlagen .....	235
a) Ökonomische Grundannahmen .....	235
b) Theoretische Möglichkeiten zur Behandlung von <i>passing-on defence</i> und der Anspruchsberechtigung von Folgeabnehmern im Kartelldeliktsrecht.....	236
c) Exkurs: Die Stellung der <i>indirect purchaser</i> im US-amerikanischen Recht .....	238
aa) Die Entscheidung des <i>Supreme Court</i> in <i>Illinois</i> <i>Brick Co. v. Illinois</i> .....	238
bb) Die Rezeption in Gesetzgebung, Rechtsprechung und Literatur .....	239
cc) Bedeutung für die Rechtsfindung in Europa .....	241
2. Deutschland .....	242
a) Übersicht über Rechtsprechung und Literatur.....	242
aa) Weitgehende Übereinstimmung vor der 7. GWB-Novelle....	242
aaa) Ablehnung mangels „Zielgerichtetheit“ .....	243
bbb) Ablehnung mangels Betroffenheit der von Art. 81 EG erfassten Schutzgüter .....	243
ccc) Die Entscheidung des Landgerichts Mannheim in Sachen <i>Selbstdurchschreibepapier</i> .....	244
(1) Die Gründe des Landgerichts für die Klageabweisung .....	245
(2) Die Entscheidung des OLG Karlsruhe v. 11.6.2010.....	246
(3) Stellungnahme .....	246
ddd) Zwischenergebnis.....	247
bb) Überblick über die aktuell vertretenen Grundpositionen .....	247
b) Untersuchung der Rechtslage unter § 33 Abs. 1 und 3 GWB .....	248
aa) Keine Klarstellung durch die Regierungsbegründung .....	248
bb) Die Folgeabnehmer als „Betroffene“ i.S.v. § 33 Abs. 1 S. 3 GWB? .....	251
aaa) Marktbeteiligter?.....	251
bbb) Beeinträchtigung.....	252
(1) Rechtsgutsbezogenheit des Beeinträchtigungs- begriffs.....	252
(2) Gleichlauf mit dem Unterlassungsanspruch.....	254
cc) Weiterer Ansatz: Lösung über den Zurechnungs- zusammenhang .....	255

aaa) Adäquanz .....	256
bbb) Dazwischentreten einer „autonomen“ Entscheidung Dritter .....	256
ccc) Schutzzweckerwägungen .....	258
dd) Fortbestehende Bedeutung der Grundentscheidung des Gesetzgebers für eine Beschränkung der Ersatzfähigkeit reiner Vermögensschäden .....	259
ee) Effektivitätserwägungen .....	260
aaa) Beweisposition und Interesse .....	260
bbb) <i>Illinois Walls?</i> .....	263
ccc) Zwischenfazit .....	264
ff) Ausschluss einer zur Mehrfachhaftung führenden Kumulation von Ansprüchen direkter und indirekter Abnehmer .....	265
gg) Analoge Anwendung der Vorschriften über die Gesamtgläubigerschaft? .....	267
hh) „Ausnahmen“: Einzelfälle der Ersatzberechtigung formal mittelbarer Abnehmer .....	271
aaa) Kollusion zwischen Zwischenabnehmern und Lieferanten? .....	271
bbb) Verbundene Unternehmen .....	273
ccc) Kommissionsgeschäfte und „ <i>Cost-plus</i> -Verträge“ .....	275
(1) Kommissionsgeschäfte .....	275
(2) <i>Cost-plus</i> -Verträge .....	276
c) Zwischenergebnis zu 2. ....	278
3. England .....	279
a) Folgeabnehmer und der „ <i>scope of protection</i> “ von Art. 101 AEUV .....	281
b) „Kausalität“ .....	282
aa) <i>Novus actus interveniens</i> .....	282
bb) <i>Remoteness</i> im engeren Sinne – Besonderheiten bei der Ersatzfähigkeit reiner Vermögensschäden .....	284
c) Zwischenergebnis zu 3. ....	285
4. Frankreich .....	285
5. Grenzen der Ersatzberechtigung indirekter Abnehmer und die Vorgaben des europäischen Primärrechts .....	289
a) Rezeption der <i>Courage</i> -Rechtsprechung in der Literatur .....	289
aa) Wörtliches Verständnis der <i>Jedermann</i> -Formel .....	289
bb) Relativierung des Bedeutungsgehalts für die Bestimmung des Kreises der letztlich Ersatzberechtigten .....	290
cc) Differenzierung nach dem Kriterium der Verarbeitung .....	291
dd) <i>Gemeinschaftsrechtliche Schutznormtheorie</i> .....	292
b) Stellungnahme .....	293
aa) Keine Präjudizierung durch <i>Courage</i> .....	293

bb) Keine Präjudizierung durch den Verweis auf die „angemessene Beteiligung der Verbraucher“ in Art. 101 Abs. 3 AEUV .....	294
cc) Fehlende Aussagekraft der Berufung auf „das Kompensationsprinzip“ .....	296
dd) Abschließende Determinierung durch „den Effektivitätsgrundsatz“? – Der Ermessens- und Beurteilungsspielraum des nationalen und des Unionsgesetzgebers .....	297
aaa) Fehlende Eindeutigkeit des Effektivitätsarguments für die Ersatzberechtigung mittelbarer Abnehmer .....	297
bbb) Einschätzungsprärogative des Gesetzgebers .....	300
ccc) Kein <i>Höchstmaß</i> an Effektivität geboten .....	301
ddd) Zwischenfazit .....	302
ee) <i>Kontrollüberlegung</i> : Zurechnungsschranken im originären Unionsdeliktsrecht .....	303
aaa) Die erforderliche Unmittelbarkeit des Kausalzusammenhangs .....	303
bbb) Schutzzwecküberlegungen als eigene Voraussetzung zur Begrenzung der Haftung .....	309
ccc) Folgerungen aus der unionsrechtlichen Haftungsrechtsprechung für die Ersatzberechtigung indirekter Abnehmer .....	312
c) Ergebnis zu 5. ....	314
6. Fazit .....	314
IV. Wettbewerber .....	314
1. Frankreich .....	315
a) Die Entscheidung <i>Mors v. Labinal and Westland Aerospace</i> .....	315
b) Die Entscheidung <i>Eco System v. Peugeot</i> .....	316
c) Ergebnis .....	316
2. England .....	316
3. Deutschland .....	317
a) Die Betroffenheit der Mitbewerber nach § 33 Abs. 1 S. 3 GWB .....	317
b) Fallgruppen .....	318
aa) Festsetzung von Preisen .....	319
bb) Aufteilung der Märkte und Versorgungsquellen .....	319
cc) Alleinbezugsvereinbarungen, Rabattvereinbarungen und faktische Ausschließlichkeitsklauseln .....	320
V. Schadensersatz Dritter bei Unternehmenszusammenschlüssen, die gegen Art. 101 AEUV verstoßen? .....	321
C. Die Ersatzberechtigten bei Verstößen gegen Art. 102 AEUV .....	323
I. Allgemeine Erwägungen .....	323
II. Fallgruppen .....	324
1. Erzwingung unangemessener Einkaufs- und Verkaufspreise und sonstiger Geschäftsbedingungen .....	324

2. Die Einschränkung der Erzeugung, des Absatzes und der technischen Entwicklung zum Schaden der Verbraucher (Art. 102 lit. b AEUV).....	325
3. Diskriminierung von Handelspartnern (Art. 102 lit. c AEUV) .....	326
4. Das Verbot von Kopplungsgeschäften (Art. 102 lit. d AEUV) .....	326
5. Vertragliche und faktische Ausschließlichkeits- bindungen .....	327
6. Vertriebs- und Verwendungsbindungen .....	328
7. Rabattsysteme .....	330
8. Kampfpreisunterbietungen .....	331
9. Geschäftsverweigerungen .....	332
III. Gesamtbetrachtung zu C. ....	332
1. Beschränkung auf Mitbewerber auf dem <i>beherrschten Markt?</i> .....	332
2. Indirekte Abnehmer .....	333
D. Gesamtfazit zum Kreis der Ersatzberechtigten .....	333
§ 7 Kausalität .....	335
A. England.....	335
B. Frankreich.....	336
C. Deutschland .....	336
D. Europarechtlicher Rahmen .....	337
§ 8 Rechtswidrigkeit.....	338
A. Deutschland .....	338
B. England.....	339
C. Frankreich.....	339
D. Europarechtlicher Rahmen .....	340
§ 9 Verschulden.....	341
A. Deutschland .....	341
I. Grundlagen .....	341
II. Unvermeidbarer Verbotsirrtum .....	342
III. Tatbestandsirrtum .....	344
IV. Ergebnis.....	344
B. England: <i>Strict liability</i> .....	344
C. Frankreich.....	347
D. Das nationale Verschuldenserfordernis und der Effektivitätsgrundsatz des Unionsrechts.....	347
I. Die Auffassung <i>van Gervens</i> in <i>Banks</i> .....	348
II. Ablehnung in der Literatur.....	349
III. Stellungnahme .....	350

1. Präjudizierung durch die Antidiskriminierungs- rechtsprechung? .....	351
2. Das Verschuldenskriterium in der Rechtsprechung zum Staatshaftungsrecht.....	353
3. <i>Übermäßige</i> Erschwernis? .....	357
IV. Ausblick.....	359
V. Fazit.....	364
§ 10 Passivlegitimation .....	366
A. Haftung nur „der Unternehmen“?.....	367
I. Deutschland .....	367
1. Überblick .....	367
2. Haftung wegen Beteiligung an dem Kartellverstoß durch eigene Handlung .....	369
a) Gesetzeswortlaut .....	369
b) Begrenzung aus systematischen und/oder teleologischen Erwägungen?.....	370
3. Haftung wegen Aufsichtspflichtverletzung nach § 130 OWiG?.....	372
4. Ergebnis.....	375
II. England.....	375
1. Haftung der Organe wegen <i>breach of statutory duty</i> ?.....	376
2. Haftung wegen des <i>Common Law tort of deceit</i> ?.....	377
3. Ergebnis.....	378
III. Frankreich.....	378
IV. Vorgaben des europäischen Primärrechts? .....	379
B. Haftung im Unternehmensverbund.....	379
I. Problemaufriss .....	379
II. Fallbeispiele.....	384
1. <i>Provimi Ltd. v. Aventis/Roche</i> .....	384
2. <i>Arkopharma v. Roche SAS, Hoffmann-LaRoche</i> .....	385
3. Würdigung .....	386
III. Kriterien für die Haftung von Konzerngesellschaften .....	388
1. Einheitlicher, europarechtlicher Maßstab im Hinblick auf die Verwirklichung des Tatbestands von Art. 101 f. AEUV .....	370
2. Haftung der Mutter für das Verhalten der Tochter .....	389
3. Zurechnung im Konzern in den übrigen Fällen .....	390
4. Zurechnung auch von <i>Verschulden</i> ?.....	393
5. Fazit.....	395
C. Haftung mehrerer Kartellbeteiligter .....	396
§ 11 Haftungsfolgen: Der ersatzfähige Schaden und seine Berechnung.....	398

A. Allgemeines Schadensrecht.....	398
I. Deutschland .....	398
1. Schadensersatz in Geld .....	398
a) Die eingetretene Vermögensminderung ( <i>damnum emergens</i> ) .....	399
b) Der entgangene Gewinn ( <i>lucrum cessans</i> ) .....	400
aa) Gewinnentgang des Zwischenabnehmers .....	400
bb) Schadensersatz für die entgangene Konsumentenrente des Endverbrauchers?.....	401
c) Kein Schadensersatz für entgangene Chancen .....	405
2. Schadensersatzanspruch auf Belieferung? .....	406
a) Schadensersatz- oder vorbeugender Unterlassungsanspruch? .....	406
b) Der Belieferungsanspruch bei Verstößen gegen Art. 101 und 102 AEUV .....	408
aa) Art. 102 AEUV .....	408
bb) Art. 101 AEUV .....	408
aaa) Die Auffassung des BGH in <i>Depotkosmetik</i> .....	408
bbb) Die Gegenposition in der Literatur .....	409
ccc) Stellungnahme .....	410
3. Darlegung und Beweis des Schadens .....	413
a) Das anzulegende Beweismaß.....	414
b) Schadensschätzung nach § 287 ZPO .....	417
aa) Ökonomische Methoden zur Bestimmung des hypothetischen Wettbewerbspreises .....	418
aaa) Vergleichsmarktmethode.....	418
bbb) Kostenmethode .....	419
ccc) Simulationsmethode.....	420
ddd) „Gesamtwirtschaftliche Analyse“.....	420
eee) Bedeutung für die Schadensberechnung im Kartellzivilverfahren.....	421
bb) Hilfestellung des Gesetzgebers in § 33 Abs. 3 S. 3 GWB? ...	423
aaa) Begriffsbestimmung.....	423
(1) Bestimmung aus der Perspektive des Konkurrenten .....	423
(2) Bestimmung aus der Perspektive des Abnehmers .....	424
bbb) Wahlrecht zwischen Modalitäten der Schadensberechnung? .....	425
ccc) Durchsetzung .....	426
4. Ergebnis zu I. ....	426
II. England.....	427
1. Grundsätze .....	427
2. <i>Loss of a chance</i> .....	427
3. <i>Exemplary damages</i> .....	431
4. <i>Restitutionary damages</i> .....	436
5. Beweislast.....	438



6. Ergebnis zu II. ....	438
III. Frankreich.....	439
1. <i>Perte subie</i> .....	439
2. <i>Gain manqué</i> .....	440
a) <i>Eco System v. Peugeot</i> .....	440
b) <i>CAMIF v. UGAP</i> .....	441
3. <i>Perte d'une chance</i> .....	441
4. <i>Dommages punitifs</i> .....	444
5. Darlegungs- und Beweislast.....	446
6. Ergebnis zu III. ....	446
IV. Europarecht.....	447
1. Folgerungen aus dem Äquivalenzgrundsatz.....	447
2. Folgerungen aus dem Effektivitätsgrundsatz.....	448
3. Sonderfragen.....	449
a) Strafschadensersatz und Unionsrecht.....	449
aa) Keine Pflicht zur Gewährung von Strafschadensersatz.....	449
bb) Zum Verhältnis von Bußgeldentscheidungen, <i>leniency</i> -Regime und Strafschadensersatz.....	449
aaa) <i>Ne bis in idem</i> als allgemeiner Grundsatz des Europarechts.....	450
bbb) Verstoß gegen Art. 16 VO 1/2003?.....	451
cc) Ergebnis.....	452
b) <i>Restitutionary Damages</i> , Schadensersatz in Form des „Verletzergewinns“.....	452
c) Verlorene Chancen.....	453
d) Schadensersatzanspruch auf Belieferung?.....	454
V. Rechtsvergleichende Würdigung und Ausblick.....	456
B. Der Einwand der „Weiterwälzung des Schadens“.....	458
I. Grundlagen.....	458
II. Deutschland: Anknüpfungspunkt „Vorteilsausgleichung“...459	459
1. Der „Vorteil“ des Zwischenabnehmers.....	461
2. Voraussetzungen der Anrechnung.....	461
a) Kausalzusammenhang zwischen Kartellrechtsverstoß und Vorteil.....	462
aa) Kartellrechtsverstoß als <i>conditio sine qua non</i> für den Vorteil.....	462
bb) Adäquanz des Kausalzusammenhangs.....	464
b) Vereinbarkeit mit dem Zweck der kartelldeliktsrechtlichen Schadensersatzpflicht?.....	466
aa) Kongruenz zwischen Vorteil und jeweiligem Schadensposten.....	466
bb) Grundpositionen zur Vereinbarkeit mit dem Zweck der Schadensersatzpflicht im Übrigen.....	467
aaa) Grundsätzlicher Ausschluss der Vorteils- ausgleichung.....	467

bbb) Unbeschränkte Zulassung der Vorteilsausgleichung ....	469
ccc) Kumulation von Versagung der Vorteilsausgleichung und Anspruchsberechtigung mittelbarer Abnehmer .....	470
ddd) Gesamtgläubigerschaft analog .....	470
cc) Untersuchung und Stellungnahme .....	471
aaa) Begründungsbedürftigkeit nur der Nicht- anrechnung? – Zum „Grundsatz-/Ausnahmeverhältnis“ der Vorteilsausgleichung im allgemeinen Schadensrecht .....	471
bbb) Bedeutungsgehalt des Arguments von einem angeblichen „Bereicherungsverbot“ .....	472
ccc) Fallgruppen im allgemeinen Schadensrecht .....	473
(1) Vorteile, die der Geschädigte durch <i>eigene Handlung</i> erlangt hat .....	473
(2) Vorteile aus günstigen Rechtsgeschäften .....	474
ddd) Beurteilungskriterien .....	476
(1) Eigenleistung des Zwischenerwerbers .....	476
(2) Risikotragung durch den zunächst Geschädigten ...	476
(3) Bloße <i>Schadensverlagerung</i> soll Schädiger nicht entlasten .....	478
(4) Zwischenergebnis .....	479
eee) Die Vorteilsausgleichung und die „spezifischen Zwecke des Kartelldeliktsrechts“ – „Ein Federstrich des Gesetzgebers und Bibliotheken werden zur Makulatur“? .....	479
(1) Keine Vervielfachung der Haftung wegen des gleichen Schadenspostens .....	480
(2) Bessere Zweckerreichung durch Konzentration auf den unmittelbar Geschädigten .....	482
(3) Von <i>Hanover Shoe</i> zu <i>Illinois Walls</i> ? .....	485
(4) Fehlende Eignung einer Lösung allein über die Beweislast .....	486
(5) Gebotene Kohärenz mit der bereicherungs- rechtlichen Lösung .....	488
(6) Gesamtgläubigerschaft analog? .....	489
(7) Zwischenergebnis zur Stärkung der Präventivfunktion .....	490
dd) Gesamtbetrachtung .....	490
3. Ergebnis zu II. ....	491
III. England .....	492
1. Die <i>VAT</i> -Fälle und das <i>Law of restitution</i> .....	493
2. Die <i>passing-on defence</i> im allgemeinen <i>Schadensrecht</i> ...	495
a) Die Rechtsprechung zur <i>mitigation</i> .....	496
b) Offenheit des <i>Common law</i> für <i>policy</i> -Ewägungen .....	500
3. Fazit .....	503

IV. Frankreich.....	503
1. Fehlen allgemeiner schadensrechtlicher Grundsätze zur Berücksichtigung von Vorteilen.....	503
2. Die Entscheidung <i>Arkopharma v. Roche</i> .....	505
a) Unzureichender Schadensnachweis.....	506
b) Fehlen hinreichenden Kausalzusammenhangs .....	506
c) Würdigung.....	507
3. Die Entscheidung <i>Juva v. Roche</i> .....	509
4. Fazit.....	510
V. Die <i>passing-on defence</i> und das Europarecht .....	511
1. Keine Einwände gegen den <i>Ausschluss</i> der <i>passing-on defence</i> .....	511
2. Das Effektivitätsgebot und die <i>Berücksichtigung</i> der <i>passing-on defence</i> im nationalen Recht .....	512
a) EuGH: Grundsätzliche Berücksichtigungsfähigkeit .....	512
b) Einschränkungen .....	513
aa) Darlegungs- und Beweislast.....	513
bb) Abwälzung und entgangener Gewinn.....	514
cc) Berücksichtigungsfähigkeit der bloßen <i>Möglichkeit</i> der Weiterwälzung? .....	516
3. Fazit.....	517
VI. Rechtsvergleichendes und Ausblick zu <i>passing-on</i> <i>defence</i> und <i>indirect purchaser standing</i> .....	517
1. Zum Status quo .....	517
2. Die Vorschläge der Kommission.....	518
a) Pauschale Zulassung der <i>passing-on defence</i> und Vermutung der vollständigen Weiterwälzung zugunsten indirekter Abnehmer .....	518
b) Würdigung .....	519
3. Ausblick: Derzeit kein Handlungsbedarf für den Gesetzgeber .....	519
§ 12 Die Berücksichtigung der Mitverantwortung des Geschädigten.....	522
A. Deutschland .....	522
B. England.....	523
I. Verursachungsbeitrag des Geschädigten als <i>novus actus interveniens</i> .....	524
1. Die Entscheidung in <i>Arkin v. Borchard Lines</i> .....	524
2. Würdigung .....	525
II. <i>Contributory negligence</i> .....	526
III. <i>Ex turpi causa non oritur actio?</i> .....	528
C. Frankreich .....	532
D. Europarecht.....	533

I.	Ausschluss der Haftung bei Beteiligung an dem Kartellverstoß .....	533
II.	Schadensteilung bei Mitverschulden .....	534
III.	Keine Pflicht zur Weiterwälzung des Schadens.....	535
E.	Fazit .....	535
§ 13	Zinsen.....	537
A.	Deutschland .....	537
B.	England.....	537
C.	Frankreich .....	538
D.	Europarecht.....	539
E.	Rechtsvergleichendes und Ausblick .....	540
§ 14	Verjährung.....	541
A.	Deutschland .....	541
B.	England.....	542
C.	Frankreich .....	543
D.	Mitgliedstaatliches Verjährungsregime und europäisches Primärrecht.....	544
E.	Rechtsvergleichendes und Ausblick .....	547
I.	Die bestehenden Verjährungsregime als „ <i>obstacle</i> “ für eine effektive und einheitliche Kartellrechtsdurchsetzung? .....	547
II.	Der Vorschlag der Kommission .....	548
1.	Inhalt.....	548
2.	Würdigung .....	549
a)	Anknüpfung an den Zeitpunkt der <i>Beendigung</i> <i>der Zuwiderhandlung</i> ? .....	549
b)	Beginn einer <i>neuen</i> Verjährungsfrist nach Bestandskraft einer Behörden- bzw. Gerichtsentscheidung? .....	550
c)	Fehlen einer Bestimmung über die absolute Verjährung .....	550
F.	Fazit .....	51
§ 15	Sonderproblem: Kronzeugenregelung und Schadensersatz .....	552
A.	„Policy options“ auf europäischer und nationaler Ebene .....	553
I.	Vorschläge der Kommission .....	553
II.	Stellungnahme .....	554
1.	Beschränkung auf die Vertragspartner des Kronzeugen? .....	554
2.	Beschränkung der Haftung nach dem Marktanteil des Kronzeugen? .....	556
3.	„Rabatt“ auf den Schadensersatz? .....	557
4.	Gesamtwürdigung .....	557
B.	Eigener Vorschlag.....	558

I. Berücksichtigung des Aufklärungsbeitrags auf der Ebene des Gesamtschuldnerinnenausgleichs .....	558
II. Verfahrensrechtliche Durchsetzung .....	561
C. Fazit .....	562

### 3. Teil: Zusammenfassende Gesamtbetrachtung und Ausblick – Konturen eines Europäischen Kartelldeliktsrechts?.....565

A. Das Kartelldeliktsrecht in den mitgliedstaatlichen Rechtsordnungen de lege lata .....	566
I. Ursprünge .....	566
II. Funktionale Ausrichtung .....	566
1. Primat der Kompensation.....	566
2. Wertvolle Ergänzungsfunktion.....	568
3. Keine Wahrheitssuche um jeden Preis.....	569
III. Normative Grundlagen: Die „Rechtsnatur“ der Haftung .....	570
IV. Die Haftungsregime in den untersuchten Rechtsordnungen und das unionsrechtliche Effektivitätsgebot .....	572
1. Darlegung und Nachweis des Verstoßes.....	572
2. Kreis der Ersatzberechtigten .....	574
3. Verschulden .....	576
4. Passivlegitimation .....	579
5. Haftungsfolgen .....	579
a) Umfang des Schadensersatzanspruchs .....	579
b) <i>Passing-on defence</i> .....	580
6. Das Verhältnis von <i>private</i> und <i>public enforcement</i> : Kronzeugenregelung und Haftung.....	580
B. Ausblick: Vom Beruf unserer Zeit zur Kodifizierung eines eigenständigen Unionskartelldeliktsrechts? .....	581
I. Das Weißbuch der Europäischen Kommission und der Entwurf eines Richtlinienvorschlags der Generaldirektion Wettbewerb .....	581
1. Hintergrund.....	581
a) Ausgangspunkt der Kommission .....	581
b) Stellungnahme .....	582
2. Die Vorschläge der Kommission im Einzelnen .....	584
a) Ersatzberechtigung indirekter Abnehmer und kollektiver Rechtsschutz .....	585
aa) Vorschlag der Kommission.....	585
bb) Stellungnahme .....	586
aaa) Anspruchsberechtigung nachgelagerter Marktstufen....	586
bbb) <i>Passing-on</i> und Beweislast .....	587

ccc) <i>Opt-out</i> -Schadensersatzverbandsklage? .....	591
ddd) Fazit .....	593
b) Zugang zu Beweismitteln: Einführung unionsweiter <i>Disclosure</i> -Standards .....	593
aa) Vorschlag der Kommission .....	593
bb) Stellungnahme .....	595
c) Bindungswirkung von Behördenentscheidungen .....	596
d) Verschuldenserfordernis und ersatzfähiger Schaden .....	597
aa) Vorschläge der Kommission .....	597
bb) Stellungnahme .....	598
e) Verjährung .....	599
aa) Vorschlag der Kommission .....	599
bb) Stellungnahme .....	599
f) Prozesskosten .....	600
g) Das Verhältnis von Kronzeugenregelung und Schadensersatzklagen .....	601
aa) Vorschlag der Kommission .....	601
bb) Stellungnahme .....	601
3. Gesetzgebungskompetenz und Subsidiarität .....	602
a) Art. 103 AEUV .....	602
b) Art. 81 AEUV .....	604
c) Art. 114 AEUV .....	605
aa) Abbau von Hemmnissen für die Grundfreiheiten? .....	605
bb) Abbau von Wettbewerbsverfälschungen? .....	606
cc) Fazit .....	607
d) Art. 352 AEUV .....	608
4. Inhaltliche Gesamtkritik .....	608
II. Perspektiven des europäischen Kartelldeliktsrechts .....	609
1. Erforderlichkeit <i>neuer Regeln</i> für ein leistungsfähiges Regime kartellrechtlicher Schadensersatzklagen? .....	609
2. Harmonisierung des Kartelldeliktsrechts als zwingende Voraussetzung eines unionsweiten „ <i>level playing field</i> “? .....	612
a) Rechtsunsicherheit durch Vielfalt? .....	612
b) Signifikant abweichende Durchsetzungsstandards aufgrund traditioneller „ <i>tort rules</i> “? .....	612
c) Beitrag der Kommissionsvorschläge zur Nivellierung des „ <i>playing field</i> “? .....	614
3. Harmonisierung durch Sektoralisierung? .....	614
4. Zur Rolle des Europäischen Gerichtshofes .....	619
5. Private Kartellrechtsdurchsetzung und der „ <i>More effects based-approach</i> “ .....	619
6. Der Blick nach vorn: Zwischen Modellgesetz und Wettbewerb der Rechtsordnungen .....	621